

POLEN

MAXIMILIAN HEDRICH

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

26. Mai 2014

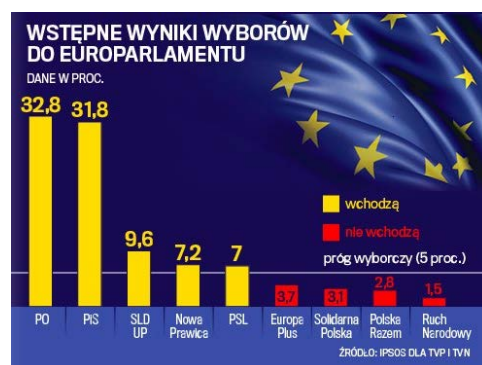
www.kas.pl

Polen wählt ein Unentschieden

PO UND PiS BEI EUROPAWAHL GLEICHAUF

Am letzten Maisonntag waren die Polen aufgerufen, ihre 51 Vertreter für das Europäische Parlament zu bestimmen. Nach dem vorläufigen Endergebnis ist es zum erwarteten Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der regierenden Bürgerplattform (PO) von Ministerpräsident Donald Tusk und der größten Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński gekommen. Aller Voraussicht nach werden beide Parteien 19 Sitze in Straßburg bekommen.

Das vorläufige Endergebnis lautet:



(Foto und Angaben nach Wyborcza.pl)

Erneut schwache Wahlbeteiligung

Die Europawahl stieß bei einem Großteil der Bevölkerung auf wenig Interesse. So lag die Wahlbeteiligung bei nur 23,82 Prozent und damit sogar noch unter dem Wert von 2009 (24,5%). Dies überrascht zunächst, da erst vor kurzen 89 Prozent der Polen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als positiv bewertet hatten.

Weshalb also dieses deutliche Desinteresse? Der Europawahl ging ein sehr schleppender Wahlkampf voraus, der vor allem vom Kon-

kurrenzkampf der beiden großen Parteien geprägt war. Klar zu identifizierende Leitthemen suchte man vergeblich. Außerdem fand der Wahlkampf fast ausschließlich im Internet und im Fernsehen statt. Beobachter konnten den Eindruck gewinnen, dass die Parteien angesichts der 2014 ebenfalls noch bevorstehenden landesweiten Kommunalwahlen die Europawahl hinten anstellten. Dies spiegelte sich ebenso in den nicht vorhandenen Wahlprogrammen der Parteien wider. Um überhaupt eine Vorstellung von den europapolitischen Zielen der Parteien zu bekommen, mussten sich die Wähler und Beobachter an den Grundsatzprogrammen der Parteien orientieren. Ebenso wenig aussagekräftig waren die Parteilogos, so zum Beispiel die Devise der PO „Ein starkes Polen in einem sicheren Europa“, welche ebenso von der PiS hätte stammen können. Klare Aussagen oder gar Bekenntnisse, wie zum Beispiel für einen Euro-Beitritt, wurden stets vermieden. Die Regierungspartei PO und die größte Oppositionspartei PiS konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Diskreditierung des Gegners, wobei europapolitische Themen keine Rolle spielten.

Die schlechte Wahlbeteiligung lässt sich insgesamt nicht an einer Abneigung gegenüber der EU erklären, sondern gründet auf dem großen Misstrauen der polnischen Bevölkerung gegenüber den eigenen Politikern. Für einen Großteil der Wahlberechtigten stellt das Europäische Parlament demnach nur eine Art „Abstellraum“ für diejenigen Politiker dar, die es in der nationalen Politik nicht geschafft haben. Die negative Einstellung zur nationalen Politik lässt sich auch durch die sozialistische Vergangenheit erklären, die massiv zum Vertrauensverlust in die Politik innerhalb der Bevölkerung beigetragen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

MAXIMILIAN HEDRICH

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

26. Mai 2014

www.kas.pl

hat. Ein weiterer Aspekt ist die immer noch sehr weit verbreitete Unwissenheit über das politische System der EU. Trotz inzwischen zehnjähriger EU-Mitgliedschaft sind nur wenige Menschen in Polen mit den Strukturen, Funktionen und Aufgaben des EU-Apparates vertraut.

Europapolitische Standpunkte

Ungeachtet dessen lassen sich die Haltungen der polischen Parteien zu europapolitischen Fragestellungen in drei Themenstränge bündeln: es geht um die Zukunft der Europäischen Integration sowie die Finanz- und Energiepolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Die Parteien vertreten hierbei zum Teil stark voneinander abweichende Ansichten.

Beim Thema Europäische Integration spalten sich die Meinungen in der polnischen Parteienlandschaft. Die regierende Bürgerplattform (PO) sieht sich als die Europapartei und vermarktet die aktuellen wirtschaftlichen Erfolge des Landes, die ohne die EU kaum realisierbar gewesen wären. Auch der Koalitionspartner der PO, die Bauernpartei PSL, sieht die nun zehnjährige Mitgliedschaft Polens in der EU als gelungen an und möchte das Land noch mehr in die Gemeinschaft integrieren.

Die größte Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) blieb ihrer Linie treu und positionierte sich gegen eine stärkere Einmischung der EU in interne polnische Angelegenheiten. Dabei setzt die PiS regelmäßig auf die Ängste vieler Polen fremdbestimmt zu werden. Ganz besonders beschwört die PiS als Gefahr herauf, dass die größeren Staaten, allen voran das die EU ohnehin dominierende Deutschland, die kleineren und mittleren Staaten an die Wand drücken würden. Polen wird dabei von der PiS bewusst klein geredet, ein starkes Europa bedeute automatisch ein schwaches Polen. Der Bund der Demokratischen Linken (SLD) gehört zu der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und plädiert für eine Föderalisierung der EU.

Auch in Polen gab es am rechten politischen Rand im Zuge des Europawahlkampfes er-

starkte Akteure. Die Neue Rechten und die Solidarna Polska sehen in der EU eine allgemeine Gefahr für Polen. Einer der prominentesten Politiker dieses Spektrums, Janusz Korwin-Mikke, verfolgt den Austritt Polens aus der EU als politisches Hauptziel und konnte mit der Forderung nach „Befreiung vom europäischen Regelwerk“ immerhin mehr als sieben Prozent der Wähler an sich binden. Insbesondere bei Jungwählern konnte er seine Stimmen gewinnen. Lange nicht ernst genommen, ist er nun ein Akteur, den die großen Parteien als wirkliche Konkurrenz betrachten müssen.

Da Polen stark von EU-Fördermitteln profitieren konnte, äußern sich auch europaskeptische Parteien hierzu selten kritisch. Vielmehr geht es um ein zentrales Thema, nämlich um die Euro-Einführung in Polen. Selbst die PO, ihrem Selbstverständnis nach die Europapartei in Polen, will sich in Bezug auf den Euro-Beitritt nicht festlegen. Die PiS oder Solidarna Polska spielen hingegen offen mit den Ängsten der Bevölkerung, welche sich vor allem aus den enormen Preisanstiegen der letzten Jahre erklären. So ist die Befürchtung weiterer Bevölkerungskreise und vieler Politiker allgegenwärtig, dass ein Euro-Beitritt die allgemeine Verteuerung noch beschleunigen würde.

Das Thema Energiepolitik, insbesondere der Aspekt der Energiesicherheit, hat an Wichtigkeit im Rahmen der Ukraine Krise gewonnen. Die PO/PSL-Regierung verfolgt hierbei als erklärtes Ziel die rasche Schaffung einer europäischen Energieunion, um die Abhängigkeit von russischem Gas nach Möglichkeit komplett zu beenden. Ebenso rückten die Einführung der Kernenergie, die Schiefergasförderung und die Stärkung der polnischen Kohleindustrie bei allen politischen Parteien auf die Tagesordnung. Dabei sind sich alle politischen Kräfte einig, dass die Unabhängigkeit von russischem Gas eine zentrale Aufgabe sein muss. Für PiS und Solidarna Polska steht zudem die Senkung der Strom- und Gaspreise im Mittelpunkt ihrer Forderungen. SLD und Euro Plus verkaufen sich als Klimaschützer und versprechen den Energiemix in Polen voranzutreiben. Die genannten, eigentlich europapolitischen Themen wurden dem Wähler jedoch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

MAXIMILIAN HEDRICH

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

26. Mai 2014

www.kas.pl

als innenpolitische Kernpunkte präsentiert, als nationale Reaktion auf ein aggressiv agierendes Russland.

Innenpolitik vor Europa

Schon lange vor den Europawahlen stand in Polen fest, dass diese von der innenpolitischen Agenda dominiert werden würden. Sie stellten den Auftakt zu einem Wahlkampfmarathon dar, dessen weitere Stationen die Kommunalwahlen im Herbst 2014 sowie die Präsidenten- und Parlamentswahlen im Frühsommer bzw. Herbst 2015 sein werden. Ungeachtet der erwarteten niedrigen Wahlbeteiligung ist das Ergebnis der Europawahl ein erstes Stimmungsindiz für die nachfolgenden Wahlen. Ganz besonders die PO hatte sich von den Europawahlen nach einem geradezu dramatischen demoskopischen Absturz im Jahr 2013 durch ein gutes Wahlergebnis eine Trendwende erhofft. Bis vor dem Beginn der Ukraine-Krise hatte die liberal-konservative Regierungspartei oft bis zu zehn Prozentpunkte in der Wählergunst hinter der national-konservativen PiS zurückgelegen. Dieser Negativtrend scheint mit dem gestrigen Ergebnis zunächst einmal abgewendet. Die PO hat besonders in den letzten Tagen vor der Wahl ihre Anhänger mobilisieren können und eine starke Aufholjagd geliefert. Die als konstruktiv empfundene Rolle der polnischen Regierung, insbesondere die umsichtige Diplomatie und Rhetorik des Außenministers Radosław Sikorski in der Ukrainekrise, war sicherlich ebenfalls ausschlaggebend für das vergleichsweise gute Ergebnis der PO.

Geteiltes Land

Beide großen Parteien können insgesamt gestärkt aus dieser Europawahl herausgehen. Die Bevölkerung hat mit ihrer Stimmabgabe die aktuelle innenpolitische Situation widerspiegelt. Polen und seine Bevölkerung ist in zwei Lager gespalten: es gibt ein eher liberales, aufgeschlossenes, meist städtisches und modernes Polen – und es gibt ein national-konservatives, oft misstrauisch-ängstliches, mitunter rückständiges Polen. Parteipolitisch hat sich die Dominanz von PO

und PiS, die in ihrer Konkurrenz quasi symbiotisch existieren, wieder bestätigt. Die Neue Rechten unter Janusz Korwin-Mikke sind die eigentliche Überraschung des Wahlabends. Ihre junge, meist männliche Wählerschaft zeugt von Unzufriedenheit innerhalb der nachwachsenden Generation, die bei weitem nicht in Gänze vom kleinen polnischen Wirtschaftswunder profitiert. Dieses Frustpotenzial hat Korwin-Mikke geschickt genutzt. PO und PiS werden dies ernst nehmen und versuchen müssen, diese jungen Wählerstimmen zurückzugewinnen. Ob dies gelingen wird, oder ob sich ein unseliger Trend verfestigt – darauf werden die im Herbst anstehenden Kommunalwahlen eine erste Antwort geben.